



Turbulente Zeiten für Politik und Parteien in Griechenland

NICK MALKOUTZIS
November 2011

- Die überwältigende Mehrheit der Griechen ist mit der eingeschlagenen Richtung des Landes unzufrieden und verunsichert, was die eigene Zukunft betrifft.
- Sowohl die sozialdemokratische PASOK als auch die Mitte-rechts-Partei »Neue Demokratie« (ND), welche die griechische Politik seit 1974 dominieren, tun sich schwer damit, bei den Wählern Zuspruch zu erhalten.
- Kleinere Parteien vermochten es kaum, aus der Unzufriedenheit der Wähler Kapital zu schlagen. Dies hat zur Bildung neuer politischer Gruppierungen geführt.
- Neu in der griechischen Politik sind die erfolgreiche Einführung überparteilicher Politiker in der Kommunalpolitik und die niedrige Wahlbeteiligung.
- Die Zersplitterung des politischen Systems und der Unmut der Wähler über die bestehenden politischen Strukturen könnten bei einer Parlamentswahl zumindest Übergangsweise zur Bildung einer Koalitionsregierung führen.

1. Einführung

Griechenland sieht sich nicht nur mit der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten konfrontiert, sondern auch mit den größten Umwälzungen in seinem politischen System seit dem Ende der Militärdiktatur 1974. Die immer heftigeren Auswirkungen der nunmehr drei Jahre andauernden Rezession sowie die beschlossenen Sparmaßnahmen, auf die sich Athen mit seinen Partnern aus der Eurozone und mit dem Internationalen Währungsfonds geeinigt hat, haben zu einem überwältigenden Gefühl der Frustration und Sorge unter den griechischen Wählern geführt.

Einer neuen Meinungsumfrage zufolge sind acht von zehn Griechen unzufrieden mit ihrem Leben und glauben, dass ihr Land in die falsche Richtung steuert. Die politischen Auswirkungen dieser Stimmungslage bekommen die zwei größten Parteien am deutlichsten zu spüren: die sozialdemokratische Regierungspartei PASOK und die oppositionelle »Neue Demokratie« (ND), eine Partei der rechten Mitte. Beide mussten mit ansehen, wie ihre Zustimmungswerte auf Niveaus sanken, die in den vergangenen drei Jahrzehnten undenkbar waren.

Trotz dieser Welle der Unzufriedenheit haben es die kleineren griechischen Parteien nicht geschafft, nennenswerte Zugewinne zu erzielen. Vielmehr haben sich einige von ihnen sogar in kleinere Gruppierungen aufgesplittet. Dies hat das politische System durcheinandergewirbelt: Keine Partei ist mehr in der Lage, die wachsende Anzahl jener Griechen anzusprechen, die das Vertrauen in die etablierten politischen Akteure verloren hat – und in deren Fähigkeiten, das Land aus der Krise zu führen.

Die Kluft zwischen der Stimmung in der Bevölkerung und der politischen Repräsentation zeigte die Bewegung der »Aganaktizmenoi« oder »Empörten« in diesem Sommer. Zwar sind die Proteste gegen die Sparmaßnahmen und gegen das politische System, die im Zentrum von Athen stattfanden, vor einigen Monaten abgeebbt. Aber die Verzweiflung der Demonstranten scheint sich noch immer nicht im politischen System niedergeschlagen zu haben.

Obwohl die nächsten Parlamentswahlen erst für Oktober 2013 angesetzt sind, wachsen die Zweifel, ob die amtierende Regierung bis dahin überleben wird. Die nächsten Monate werden für das politische System des Landes

entscheidend sein. Abzuwarten bleibt, ob dieses System graduell eine neue Gestalt annimmt – oder ob es abrupt zerbricht.

2. Das Leid der »zwei Großen«

Die griechische Wirtschaftskrise hat sich deutlich auf die Popularität der zwei größten Parteien PASOK und ND ausgewirkt, die das Land seit dem Ende der siebenjährigen Militärdiktatur im Jahr 1974 fast exklusiv regieren. Jetzt bezahlt die PASOK den Preis dafür, dass sie ein unpopuläres Sparprogramm schlecht in die Tat umsetzt. Hingegen ist die ND mit der Bürde belastet, die Wirtschaft in einem erbärmlichen Zustand hinterlassen zu haben, als die Partei im Oktober 2009 die Parlamentswahl verlor. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Public Issue für die Tageszeitung *Kathimerini* vom Oktober 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass beide Parteien unterhalb ihrer Zustimmungswerte von vor zwei Jahren liegen, wenngleich die Konservativen mittlerweile weit populärer sind als die amtierende Mitte-links-Regierung. Dabei sei angemerkt, dass die beiden großen Parteien bei jeder Wahl seit 1981 mindestens je etwa 40 Prozent der Stimmen erhielten.

Tabelle 1: Stimmenanteil der PASOK und ND bei den Parlamentswahlen 2009 und einer aktuellen Umfrage (Oktober 2011)

	Wahlen Oktober 2009	Umfrage Oktober 2011*
PASOK	43,9 %	22,5 %
Neue Demokratie	33,4 %	31,5 %

* Quelle: Public Issue Politikbarometer Oktober 2011.

Der dramatische Rückgang der Sympathien für PASOK zeigt, dass die Öffentlichkeit die Art und Weise ablehnt, wie die Regierung mit der Krise umgeht. Besonders großer Unmut herrscht über die Maßnahmen der Regierung zur Reduzierung der Staatsverschuldung, die enorme Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Löhne und Lebensstandards haben. Allein zwischen September und Oktober 2011 hat die PASOK 5,5 Prozentpunkte verloren – nach der Einführung einer »Notfall-Grundsteuer«, Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und zahlreichen anderen Sparmaßnahmen. Die Zustimmungswerte für Premierminister Georgios Papandreou fielen von etwa 80 Prozent bei Amtsantritt auf heute nur noch 23 Prozent.

In Umfragen liegt die ND zwar weit in Führung, allerdings ohne an ihren Stimmenanteil vom Oktober 2009 heranzukommen, dem schlechtesten Ergebnis bei einer nationalen Wahl seit ihrer Gründung im Jahr 1974. Obwohl die Partei gegen viele der beschlossenen Maßnahmen agitiert, die das Finanzhilfepaket der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds begleiten, obgleich sie sich für niedrigere Steuern, zusätzliche Anreize für Unternehmen und schnellere Privatisierungen ausspricht, hat sie es nicht vermocht, die Wähler aus der politischen Mitte anzuziehen. Diese sind anscheinend nicht davon überzeugt, dass die Konservativen ihr Versprechen halten können, die Bedingungen für die Kreditvergabe mit den griechischen Gläubigern »nachzuverhandeln«. Der Vorsitzende der ND Antonis Samaras kommt auf Zustimmungswerte von nur rund 35 Prozent und rangiert damit sogar hinter den Vorsitzenden zweier kleinerer Parteien.

Im Mai dieses Jahres schrieb der politische Analyst und Präsident von Public Issue Yiannis Mavis in einem Beitrag, es sei unwahrscheinlich, dass die politische Szenerie, wie sie sich in der Post-Junta-Periode nach 1974 herausgebildet hat, auch künftig so beschaffen sein werde wie bisher: »Die Verkrampfung des griechischen Zwei-Parteien-Systems übertrifft mittlerweile alle historischen Präzedenzfälle. Der vollkommene Mangel an politischer Führung und die inhärente Unfähigkeit, das politische Personal systematisch zu erneuern, verschärfen das Problem. Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir jetzt einen Punkt erreicht haben, an dem es kein Zurück mehr gibt, wenn wir ihn nicht sogar schon überschritten haben.«

3. Die kleineren Parteien scheinen zu profitieren

Man sollte meinen, dass die Enttäuschung unter den ehemaligen Wählern von PASOK und ND im Zusammenspiel mit den unpopulären Sparmaßnahmen, die seit Anfang 2010 verabschiedet wurden, für die kleineren griechischen Parteien eine Chance sind, ihren Rückhalt unter den Wählern auszubauen. In Wirklichkeit hat dieser Trend erst in den vergangenen Monaten an Schwung gewonnen.

Tabelle 2: Stimmenanteil der kleineren Parteien bei den Parlamentswahlen 2009 und einer aktuellen Umfrage (Oktober 2011)

	Wahlen Oktober 2009	Umfrage Oktober 2011*
Kommunistische Partei (KKE)	7,5 %	10,5 %
Orthodoxe Volkszusammenkunft (LAOS)	5,6 %	9 %
Koalition der Linken (SYRIZA)	4,6 %	9,5 %

* Quelle: Public Issue Politikbarometer Oktober 2011.

Umfragen zeigen, dass die Unterstützung für die Kommunistische Partei KKE langsam aber stetig zunimmt. Die Partei nimmt gegenüber den unpopulären Maßnahmen ihre gewohnte ablehnende Haltung ein. In einer Zeit, in der die Regierung die Arbeitsgesetzgebung verwässert und die Gewerkschaften es kaum schaffen, die Regierungspolitik zu beeinflussen, genießt vor allem auch die KKE-nahe Gewerkschaft PAME hohes Ansehen. Weil die PAME auf Demonstrationen und bei Streikposten äußerst präsent war – beispielsweise am 20. Oktober 2011 im Hafen von Piräus und auf dem Syntagma-Platz, als es zu Zusammenstößen mit Randalierern kam –, vermochte die KKE den Eindruck zu erwecken, von allen Parteien am entschiedensten gegen die Sparmaßnahmen vorzugehen. Jedoch spiegelt sich dies nicht in den Zustimmungswerten für die Parteiführerin Aleka Papatrifa wider: Diese lagen im Oktober 2011 bei 27 Prozent.

Die rechten Nationalisten der Orthodoxen Volkszusammenkunft »Laikos Orthodoxos Synagermos« (LAOS) konzentrieren sich hauptsächlich darauf, unzufriedene konservative Wähler einzusammeln. Noch im vergangenen Jahr stimmte die Partei für die Vereinbarung Griechenlands mit der EU und dem IWF, ist dann aber zu einer Oppositionsstrategie gegen die Sparmaßnahmen übergegangen. Außerdem versuchte LAOS, von der zunehmenden Unsicherheit aufgrund anwachsender Kriminalität und steigender Arbeitslosigkeit zu profitieren, indem sie einen strikten Anti-Einwanderungskurs verfolgte. Ihr Präsident Georgios Karatzaferis – berühmt für seine populistische Rhetorik – war im Oktober 2011 Griechenlands populärster Parteiführer mit einer Zustimmungsrate von 38 Prozent.



Die Koalition der radikalen Linken SYRIZA scheint immer mehr Zustimmung zu bekommen. Hinter der Partei liegen einige unruhige Jahre; die Situation gipfelte darin, dass im vergangenen Jahr einige langjährige Mitglieder austraten und eine neue linke Partei gründeten. SYRIZA setzt sich vehement gegen die Sparprogramme ein und ist sehr kritisch gegenüber der Europäischen Union. Die Partei zielt besonders auf den Zuspruch jüngerer Griechen und Arbeitsloser. Im Oktober traf der 37-jährige Parteiführer Alexis Tsipras bei 36 Prozent der befragten Wähler auf Sympathie.

4. Neue Parteien ziehen in den Kampf

Im Juni 2010 verließen vier Parlamentsabgeordnete die SYRIZA und gründeten die »Demokratische Linke« mit dem Ziel, eine gemäßigtere Oppositionspolitik gegen die Regierung zu betreiben und eine europafreundlichere Position einzunehmen als SYRIZA.

Ebenfalls wurde im vergangenen Jahr die von Dora Bakoyannis angeführte liberale »Demokratische Allianz« gegründet. Die frühere Außenministerin überzeugte vier ehemalige Abgeordnete, die meisten von ihnen Mitglieder der ND, ihrer neuen Partei beizutreten. Obwohl sie der Regierung kritisch gegenübersteht, hat die Demokratische Allianz die Bedingungen des griechischen Kreditabkommens nicht lautstark abgelehnt.

Zusätzlich riefen im April dieses Jahres zwei Abgeordnete eine weitere Partei namens »Arma Politon« ins Leben. Die beiden Politiker waren im vergangenen Jahr aus der PASOK gedrängt worden, nachdem sie gegen das Memorandum zwischen Griechenland, der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds gestimmt hatten. Auch Arma Politon (»Streitwagen der Bürger«) zog gegen die Austeritätsmaßnahmen der Regierung zu Felde, stand allerdings im Oktober 2011 vor der Auflösung.

Hinzu kommt die anhaltende Präsenz der »Ökologen/Grünen« auf der politischen Bühne. Diese hatten bei der vergangenen Nationalwahl die griechische Sperrklausel nur knapp verfehlt, wonach eine Partei mindestens drei Prozent der Stimmen erzielen muss, um ins Parlament einzuziehen.

Infolge der Umwälzungen in den vergangenen zwei Jahren sind im Oktober 2011 acht Gruppierungen im Parlament vertreten, im Vergleich zu fünf Parteien im Jahr 2009. Jedoch zeigt die bereits erwähnte Umfrage von Public Issue, dass die neuen Gruppierungen in der Bevölkerung nur wenig Rückhalt genießen. Ein weiterer Hinweis darauf, wie zersplittert das politische System Griechenlands momentan ist.

Tabelle 3: Stimmenanteil der anderen Parteien bei den Parlamentswahlen 2009 und einer aktuellen Umfrage (Oktober 2011)

	Wahlen Oktober 2009	Umfrage Oktober 2011*
Demokratische Linke	–	5 %
Demokratische Allianz	–	2 %
Arma Politon	–	–
Ökologen/Grünes	2,5 %	3 %

* Quelle: Public Issue Politikbarometer Oktober 2011.

»Im Verlauf des vergangenen Jahres haben sich zwei Trends mit unverminderter Intensität fortgesetzt«, schrieb Yiannis Mavris im April. »Der erste Trend besteht darin, dass sich wahlberechtigte Bürger ins Lager der Nichtwähler verabschieden; mittlerweile betrifft das mehr als ein Drittel der Wählerschaft. Der zweite Trend ist die Fragmentierung, vielleicht sogar der Zerfall des existierenden Parteiensystems. Ein klares Indiz dafür liefert die eindrucksvolle Zunahme neu gegründeter Gruppierungen jeglicher Art.«

Auf den ersten Blick scheint die Quote von Nichtwählern im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nicht besonders hoch zu sein. Allerdings existiert in Griechenland Wahlpflicht, wenn auch ohne rechtliche Konsequenzen bei Nichtbeachtung, und die Wahlbeteiligung lag im vergangenen Jahrzehnt stets zwischen 70 und 80 Prozent.

5. Das Ende des alten Establishments?

Warum sind die neuen politischen Parteien unfähig, eine wahrnehmbare Wirkung zu entfalten? Einer der Hauptgründe besteht darin, dass viele Wähler sich einen Bruch mit der Vergangenheit wünschen, die neuen Gruppierungen aber von etablierten politischen Figuren repräsentiert werden.

Die Demokratische Linke wird von dem altgedienten, linksstehenden Politiker Fotis Kouvelis angeführt, der schon einmal Justizminister war. Die Vorsitzende der Demokratischen Allianz Dora Bakoyannis war Außenministerin und Bürgermeisterin von Athen. Beide sind also keine frischen Gesichter. Die Abgeordneten, die sich ihnen angeschlossen haben, sind ebenfalls durchweg gestandene Politiker. Genau deshalb fällt es diesen Parteien äußerst schwer, sich als Vorreiter einer neuen politischen Ära zu präsentieren.

Das gleiche gilt für Arma Politon, die von den erfahrenen ehemaligen PASOK-Abgeordneten Yiannis Dimaras und Vassilis Economou gegründet wurde – nicht gerade politische Newcomer. Allerdings deutet Dimaras' politischer Weg auf einen neuen Trend hin: Nachdem ihn die PASOK ausgeschlossen hatte, bewarb er sich bei den Kommunalwahlen als unabhängiger Kandidat um das Amt des Gouverneurs für die Region Attika. Im Wahlkampf trat er – letztlich erfolglos – gegen die Sparmaßnahmen ein, konnte mit dieser Strategie aber die beeindruckende Zahl von fast 230 000 Wählerstimmen auf sich vereinen. Hochgerechnet auf das ganze Land hätte dieses Ergebnis genügend Stimmenanteile bedeutet, um in das nationale Parlament einzuziehen. Dennoch war Yiannis Dimaras zu sehr Teil des bestehenden politischen Systems und ihm fehlte es an politischem Tiefgang, als dass er genügend Unterstützung hätte anziehen können, um die Proteststimmen in einen Wahlsieg zu verwandeln.

Anders verhielt es sich bei den Bürgermeisterwahlen in Athen und Thessaloniki, wo Kandidaten ohne Vorgesichte innerhalb des etablierten Parteiensystems tatsächlich Siege errangen. Die Wahlerfolge des charismatischen Winzers Yiannis Boutaris in Thessaloniki und des ehemaligen Ombudsmanns Giorgos Kaminis in Athen könnten sich als Wendepunkte in der griechischen Politik erweisen. Obgleich beide Kandidaten von der PASOK und weiteren linken Parteien unterstützt wurden, waren ihre Wahlkampagnen auf lokale Themen konzentriert, statt auf nationale politische Trennlinien zu zielen. Beide konnten für sich in Anspruch nehmen, etwas Neues in die lokale Politik einzubringen – und die Öffentlichkeit reagierte darauf positiv.

Ihre Wahlerfolge deuten darauf hin, dass die Griechen politisch reif genug sind, um Kandidaten und Ideen von außerhalb der engen Grenzen der bestehenden Parteienstruktur zu akzeptieren, auch wenn innerhalb dieser

Struktur politische Karrieren aufgebaut, Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst gefunden und Aufträge an den Privatsektor vergeben worden sind.

6. Die Wähler verlieren die Verbindung zur Politik

Das andere bemerkenswerte Merkmal der Kommunalwahlen im vergangenen November war der Negativrekord der niedrigsten Wahlbeteiligung: Nur jeder zweite Wähler gab seine Stimme ab, was als starke Ablehnung aller politischen Parteien interpretiert wurde, besonders durch jüngere Wähler. Seit Jahresbeginn haben die Umfragen von Public Issue durchweg ergeben, dass jeder dritte Wahlberechtigte bei den nächsten Parlamentswahlen nicht an die Urnen gehen will.

Die Frustration mit dem politischen System manifestierte sich später in Protesten der »Empörten« vor dem Parlament in Athen. Auf ihrem Höhepunkt im Juni und Juli dieses Jahres zogen diese Versammlungen bis zu 100 000 Menschen an und boten eine Plattform für öffentliche Diskussionen über die griechische Wirtschaft und die politischen Probleme des Landes. Die »Empörten« waren eine lose, politisch wie sozial vielfältige Gruppe, deren Verdrossenheit über die Probleme des Landes nicht in politische Kanäle eingeflossen ist: Weder bekam aufgrund der Proteste eine bestimmte Partei großen Zulauf, noch scheint die Bewegung den Keim für eine neue politische Gruppierung gebildet zu haben.

Bei diesen öffentlichen Protesten und Diskussionen waren auffallend viele junge Griechen vertreten. In einer Umfrage von Public Issue gaben 59 Prozent der Befragten im Alter unter 25 Jahren an, an den Protesten teilgenommen zu haben. Ebenso bemerkenswert ist, dass rund 70 Prozent der unter 25-Jährigen das Gefühl hatten, die Proteste seien ein »bedeutendes politisches Ereignis«. Keine andere Altersgruppe äußerte sich ähnlich enthusiastisch.

Derweil wachsen die Sorgen der Griechen über ihre Zukunftsaussichten rasant. Laut Public Issue haben 85 Prozent der Bürger das Gefühl, das Land bewege sich in die falsche Richtung; 89 Prozent sind unsicher, was ihre eigene Zukunft betrifft; 84 Prozent sind unzufrieden damit, »wie die Demokratie in Griechenland funktioniert«; und 76 Prozent glauben, ihre persönliche wirtschaftliche

Situation werde sich in den kommenden Monaten verschlechtern. Eine im August veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass 78 Prozent der Griechen pessimistisch im Hinblick auf die Zukunft sind. Sie stehen damit an zweiter Stelle gleich hinter den Portugiesen, die die Rangliste mit einem Wert von 80 Prozent anführen.

Die Zukunftssorgen werden von dem wachsenden Eindruck verstärkt, dass die Angehörigen der politischen Elite sich von der allgemeinen Öffentlichkeit vollkommen losgelöst haben. In der Meinungsumfrage von Oktober 2011 stuften die Wähler Politiker und Parteien als das drittgrößte Problem des Landes ein – nach der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit. So herrscht Unmut darüber, dass sich kein Politiker einer ordentlichen Untersuchung in Hinblick auf Korruptionsvorwürfe oder die Steuerung der Wirtschaft unterziehen musste. Aus diesem Grund wurden im vergangenen Jahr Dutzende von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern öffentlich verbal wie physisch attackiert, teils von spontanen Einzeltätern, teils von Gruppen, die gezielte Aktionen durchführten. Viele Wähler sind der Meinung, die Politiker würden nicht genügend finanzielle Opfer bringen. Zwar wurden bereits zwei ihrer 14 Monatsgehälter gestrichen und in diesem Jahr folgt eine weitere Kürzung, doch erhalten die Parlamentsmitglieder immer noch jährliche Bruttozahlungen in Höhe von etwa 70 000 Euro. Hinzu kommen mehrere Tausend Euro an Spesen und Zahlungen an die Pensionskasse. Dass eine Handvoll Abgeordneter versuchte, auf einen Teil ihrer Zulagen und Begünstigungen zu verzichten, wurde als symbolische Geste abgetan.

7. Auf unbekanntem politischem Terrain

Das Fazit der jüngsten Entwicklungen lautet: In Griechenland gibt es wenig Bereitschaft, so weiterzumachen wie gehabt. Laut der aktuellen Umfrage von Public Issue sind sieben von zehn Griechen der Auffassung, dass weder eine von PASOK noch eine von der ND geführte Regierung in der Lage wäre, Griechenlands Probleme zu bewältigen. Aber fast 50 Prozent glauben, eine Koalitionsregierung mit einer von beiden Parteien oder mit beiden Parteien wäre die beste Option für das Land.

Dieselbe Umfrage kam zu dem Ergebnis, dass keine Partei eine Mehrheit bekäme, wenn jetzt gewählt würde. In Griechenland gilt ein »verstärktes Verhältniswahlrecht«:

Die Partei mit den meisten Stimmen erhält 40 zusätzliche Parlamentssitze. Dieses Prinzip hat in der Vergangenheit dazu geführt, das PASOK und ND stets Einparteienregierungen bilden konnten. Zwar ist ein eindeutiger Sieg der ND nicht ausgeschlossen, aber da die Partei wohl mehr als 40 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen müsste, um allein regieren zu können, erscheint es wahrscheinlicher, dass die nächste Regierung aus einer Koalition bestehen wird.

Was Koalitionsregierungen angeht, hat Griechenland eine kurze und unproduktive Geschichte – ein Erbe seiner polarisierten politischen Vergangenheit, aus der im 20. Jahrhundert ein Bürgerkrieg und eine Militärdiktatur resultierten. Auf der nächsten Stufe der politischen Entwicklung Griechenlands könnten die Parteien gezwungen sein, zumindest übergangsweise Wege der Zusammenarbeit zu finden.

»In der politischen Geschichte Griechenlands wurden Diskussionen über Koalitionsregierungen mit großen Krisen verbunden«, schreibt Yiannis Mavris. »Wahrscheinlich wird sich so etwas Ähnliches jetzt wiederholen. Zweifellos ist die nächste nationale Wahl – ganz gleich wann sie stattfindet – schon jetzt ein starker Anwärter für den Titel der wichtigsten Parlamentswahl, seit der Wiederherstellung der Demokratie 1974.«

Eine große Koalition aus PASOK und ND ist derzeit unwahrscheinlich. Premierminister Georgios Papandreou scheiterte schon in diesem Sommer bei dem Versuch, eine Koalition mit den Konservativen zu bilden. Die Verhandlungen schlugen fehl, auch weil Antonis Samaras den Rücktritt des Premiers forderte. Seitdem hat der Vorsitzende der ND alle Angebote zur Kooperation abgelehnt, obwohl Abgeordnete aus beiden Parteien dazu aufriefen. Die Konservativen glauben, dass sie bei einem zweiten Wahlgang die notwendigen Stimmen für die Bildung einer Einparteienregierung bekommen können, sollte es beim ersten Wahlgang nicht für eine klare Mehrheit reichen.

Auch mit LAOS pflegt die ND eine konfliktreiche Beziehung, so dass eine Mitte-rechts-Koalition nur mit Mühe zustande kommen könnte. Allerdings würde es den nationalistisch eingestellten Georgios Karatzaferis in Erklärungsnot bringen, in einer solchen Situation der Aufforderung nicht nachzukommen, dem Land an der Regierung zu dienen.

Ebenso schwer würde es PASOK haben, die linke SYRIZA von einer gemeinsamen Koalitionsregierung zu überzeugen, schließlich leistet diese massiven Widerstand gegen zentrale Reformmaßnahmen wie die Entlassungen im öffentlichen Dienst und die Privatisierung von Staatsbesitz. Die Demokratische Linke und die Demokratische Allianz stünden einer Koalitionsbildung offener gegenüber.

Eindeutig fest steht lediglich, dass die Kommunistische Partei sich an einer solchen Koalition nicht beteiligen wird: Sie lehnt es aus ideologischen Gründen ab, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten.

Eine weitere denkbare Variante wäre eine Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss einiger allgemein anerkannter Technokraten sowie von Vertretern der gewählten Parteien. Als parteiunabhängige Beauftragte werden regelmäßig Lucas Papademos und Yannis Stournaras ins Spiel gebracht. Papademos war Vizepräsident der Europäischen Zentralbank, Stournaras ist Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Think Tanks »Institut für Ökonomische und Industrielle Forschung« (IOBE) und gründete am 25. Oktober gemeinsam mit 43 weiteren Persönlichkeiten eine Bürgerbewegung, die darauf abzielt, »einen Beitrag zu leisten für die Suche nach kreativen Wegen, um die Krise zu bewältigen und das Land nach vorn zu bringen«. Unter den Initiatoren waren Geschäftsleute, Wirtschaftswissenschaftler, Autoren und Journalisten. Auch wenn Kandidaten mit einem überparteilichen Hintergrund immer stärker akzeptiert werden – eine derartige Regierung zu bilden wäre eine enorme Herausforderung, besonders weil der öffentliche Rückhalt für eine solche Konstellation noch immer schwach zu sein scheint.

Bleibt die Frage, welche Richtung die nächste Regierung einschlagen wird. In Zeiten der politischen Ungewissheit scheint nur eines gewiss zu sein: Jede künftige Regierung, die in der griechischen Gesellschaft einen starken Rückhalt aufrechterhalten will, muss eine Gratwanderung leisten zwischen der drastischen Verbesserung des ökonomischen Schicksals des Landes und der Aufrechterhaltung einer Arbeitsbeziehung mit der Eurozone.

Trotz der Anstrengungen, die Griechenland in den vergangenen Jahren unternommen hat – von denen viele nach verbreiteter Meinung dem Euro und den von den Partner aus der Eurozone eingeforderten unpopulären

Maßnahmen geschuldet sind –, bleiben die meisten Griechen der einheitlichen Währung treu.

Gemäß einer Umfrage von Public Issue im September haben 63 Prozent der Griechen eine positive Haltung zum Euro – sechs Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor und 43 Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren. Zwei Drittel der Befragten gaben an, die Zukunftsaussichten des Landes wären wahrscheinlich schlechter, würde Griechenland zum Drachme zurückkehren. Und 52 Prozent glaubten, Griechenland habe eine Zukunft in der Eurozone.

8. Fazit

Die Wähler könnten bereits vor Jahresende die erste Gelegenheit bekommen, ihre Meinung zu äußern: Am 24. Oktober kündigte die Regierung an, sich jedes neue mit den Partnern aus der Eurozone verhandelte Rettungspaket von einer qualifizierten Parlamentsmehrheit absegnen zu lassen, auch wenn dies im Nachhinein von einigen Mitgliedern der PASOK wieder abgeschwächt wurde. Demnach müssten 180 von 300 Abgeordneten der neuen Vereinbarung zustimmen, die der Volksversammlung Ende November zugeleitet werden soll. Es ist unrealistisch, dass die PASOK, die seit Anfang November nur noch über 152 Parlamentssitze verfügt, genügend Oppositionsabgeordnete davon überzeugen kann, für den Vertrag zu votieren. Diese Überlegung wurde aber durch die Ankündigung eines Referendums in den Hintergrund gedrängt. Georgios Papandreou gab am 1. November bekannt, dass er das griechische Volk zur Sparpolitik befragen werde, das Referendum ist für Januar 2012 geplant. Allerdings muss er zuvor noch am 4. November 2011 eine Vertrauensabstimmung im Parlament überstehen sowie die heftigen Widerstände aus der eigenen Partei und der Opposition gegen das Referendum überwinden. Scheitert er mit einem dieser Vorhaben, wären vorgezogene Neuwahlen die Folge. Nach der griechischen Verfassung muss dem ein mindestens einmonatiger Wahlkampf vorausgehen. Wie eine solche Parlamentswahl ausgehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch vollkommen offen.

In Griechenland hat die Kombination aus ökonomischer Krise und Sparmaßnahmen dazu geführt, dass das Ende des Zwei-Parteien-Systems in Sicht ist, welches die griechische Politik seit Mitte der 1970er Jahre dominierte.

Durch welches System es ersetzt werden wird, steht noch nicht fest.

Indes wünschen sich viele griechische Wähler, dass die Parteien zumindest übergangsweise zusammenarbeiten. Außerdem scheinen neue politische Gruppierungen und überparteiliche Kandidaten stärker akzeptiert zu werden als früher. Die ND liegt in Umfragen deutlich vorn und kann diese Zustimmung möglicherweise in eine parlamentarische Mehrheit transferieren, bisher war jedoch keine einzelne Partei oder Bewegung in der Lage, aus der von vielen Griechen geteilten Enttäuschung und Wut Kapital zu schlagen und diese in eine dominierende politische Kraft zu verwandeln.

Viel deutet darauf hin, dass diejenige Gruppierung (oder derjenige Zusammenschluss mehrerer Gruppen), die eine pro-europäische Haltung einnimmt und gleichzeitig verspricht, die ökonomischen und strukturellen Probleme des Landes in einer für die Wähler weniger beschwerlichen Art und Weise anzugehen, beträchtliche Unterstützung bekommen könnte. Ihre Gründung könnte die nächste Runde in der Entwicklung der griechischen Politik einläuten.



Über den Autor

Nick Malkoutzis ist stellvertretender Chefredakteur der englischsprachigen Ausgabe der *Kathimerini*, einer überregionalen griechischen Tageszeitung, und Blogger bei *Inside Greece*.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86872-944-3